

25. März 2022

Rechenschaftsbericht Vorstand DIE LINKE. Charlottenburg-Wilmersdorf 2020-2022

Die Mitgliederversammlung des Bezirksverbands hatte im Oktober 2020 die Größe des zu wählenden Vorstands auf acht Genossinnen und Genossen festgelegt. Mangels Kandidaturen konnten lediglich sieben Plätze besetzt werden. Trotz Bemühungen und zahlreicher Gespräche konnte der Platz einer Co-Vorsitzenden nicht besetzt werden. Ein Mitglied des Vorstands trat im September 2021 von seiner Funktion zurück. Insgesamt sollte der Vorstand die politische Pluralität im Bezirksverband abbilden.

Eine Herausforderung bestand für den neugewählten Vorstand darin auch unter anhaltenden Pandemiebedingungen die Bezirksorganisation und -arbeit aufrecht zu erhalten bzw. wieder zu aktivieren. Auch sollte der Anschluss an Initiativen und zivilgesellschaftliche Organisationen im Bezirk verstärkt und vertieft werden. Zur inhaltlichen Verständigung führte der Vorstand im Dezember 2020 eine zweitägige Klausurtagung durch. Zur Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit wurde ein Instagram-Account erstellt, der regelmäßig mit neuen Inhalten bespielt wurde.

Die ernüchternde Bestandsaufnahme zu aktiven Gliederungen im Bezirk (BOen, Arbeitsgruppen) sollte dazu führen, dass neue Initiativen von Genoss:innen gefördert werden. Das konnte im Jahresablauf nicht in der intendierten Weise erreicht werden. Die erfolgten Neugründungen können allesamt noch nicht als stabil bezeichnet werden.

Pandemiebedingt konnten nicht in gleichem Umfang wie in den vorangegangenen Jahren Mitgliederversammlungen durchgeführt werden. Alternativ berief der Vorstand digitale Mitgliedertreffen ein. In Ermangelung einer Satzung des Bezirksverbands waren digitale Mitgliederversammlung mit Abstimmungen rechtlich bisher nicht möglich.

Unter anderem um hier Abhilfe zu schaffen wurde ein Entwurf für eine Satzung erarbeitet. Dieser wurde auf zwei digitalen Mitgliedertreffen diskutiert und für eine Entscheidung aller Mitglieder des Bezirksverbandes abgestimmt. Der Satzungsentwurf wurde den Mitgliedern in einem Mitgliederentscheid zur Abstimmung vorgelegt.

Unabhängig davon ist es bis jetzt nicht gelungen, ein nachhaltiges Konzept für die Mitgliederbetreuung unter Corona-Bedingungen umzusetzen. Insbes. die Aufrechterhaltung der Kommunikation und das Einbeziehen möglichst vieler Genoss:innen in die Aktivitäten des Bezirks muss strikt überarbeitet werden.

Ähnliches gilt aber auch für die Beteiligung an Initiativen, deren Arbeit selbst auch durch Corona beeinträchtigt wird. U.a. die Arbeit der MieterWerkStadt, des Kiezbüros Klausenerplatz (u.a. Otto Grüneberg Gedenken) wurden sowohl durch die Vorstandsarbeit als auch durch einzelne Genoss:innen unterstützt, indes der Kontakt zu anderen/ neuen Initiativen war nicht sehr erfolgreich.

Die Geschäftsstelle wurde Ende 2020 umfangreich umgestaltet um sie für Genossinnen und Genossen und Nichtmitglieder und Initiativen attraktiver und einladender zu gestalten. Insgesamt wurde der Versuch unternommen die Geschäftsstelle stärker für Initiativen aus dem Bezirk zu öffnen.

Um den Start der zweiten Phase des Volksentscheides zu unterstützen wurde im Februar 2021 durch die Bezirksorganisation von Deutsche Wohnen & Co enteignet eine Groß- Plakataktion initiiert, die gleichzeitig ein Sozialisierungsversuch verschiedener Kiezakteur*innen war. Dafür wurde die Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt. Insgesamt haben 15 Menschen aus 5 verschiedenen Organisationen teilgenommen.

Die Geschäftsstelle wurde Ende 2020 umfangreich umgestaltet um sie für Genossinnen und Genossen und Nichtmitglieder und Initiativen attraktiver und einladender zu gestalten. Insgesamt wurde der Versuch unternommen die Geschäftsstelle stärker für Initiativen aus dem Bezirk zu öffnen.

Um den Start der zweiten Phase des Volksentscheides zu unterstützen wurde im Februar 2021 durch die Bezirksorganisation von Deutsche Wohnen & Co enteignen eine Groß- Plakatieraktion initiiert, die gleichzeitig ein Sozialisierungsversuch verschiedener Kiezakteur*innen war. Dafür wurde die Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt. Insgesamt haben 15 Menschen aus 5 verschiedenen Organisationen teilgenommen.

Das Bezirkswahlprogramm wurde in einem längeren Verfahren mit den Mitgliedern des Bezirksverbands sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren aus dem Bezirk erarbeitet und schließlich bei einem Mitgliedertreffen diskutiert. Das dort mit großer Mehrheit unterstützte Programm wurde schließlich durch den Vorstand bestätigt und in großer Auflage gedruckt und im Wahlkampf verteilt.

Bei einer Wahlversammlung im März 2021 wurde Michael Efler als Direktkandidat für den Bundestagswahlkreis 80 gewählt.

Für die Wahlen zum Deutschen Bundestag, dem Abgeordnetenhaus von Berlin und der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf sowie der Abstimmung zum Volksentscheid Deutsche Wohnen & Co enteignen wurden circa 2.800 Plakate sowie zahlreiche Wahlzeitungen und Kleinwerbemittel von der Landesgeschäftsstelle geordert. Die Plakate wurden fast vollständig bei einer vom Wahlaktiv initiierten zentralen Aktion im gesamten Bezirksgebiet gehängt. Es fanden zahlreiche Infostände und Steckaktionen statt. In den letzten Wochen des Wahlkampfs trat der Wahlkompleiter von seiner Funktion zurück. Es wurde eine zentrale Wahlkampfabschlussveranstaltung mit allen Kandidat:innen, mit Musikgruppen und Initiativen und Kulturgruppen am Lietzenseepark organisiert, an der eine größere Zahl an Gästen teilnahm. Auf einem Cocktailabend unter Beteiligung von etwa 50 Genossinnen und Genossen wurden Spenden für den Wahlkampf gesammelt. Für die Kandidatinnen und Kandidaten des Bezirksverbands wurden Fotografien angefertigt und ein Film erstellt. Im Frühjahr und Sommer fanden mehrere Wahlaktivtreffen statt. Kurz nach den Wahlen fand eine Veranstaltung zur Auswertung des Wahlkampfs in Präsenz statt.

Es wurden diverse Neumitgliedertreffen online und in Präsenz organisiert und durchgeführt.

Ein Kinoabend wurde organisiert, ein Konzept das auch dieses Jahr weitergeführt werden kann.

Es fanden mehrere öffentliche Versammlungen im Bezirk statt, darunter "Kein Raum der AfD".

Der Vorstand organisierte die Teilnahme des Bezirksverbands am Tag des Ehrenamts im Bezirk um gegenüber der Öffentlichkeit die eigene Arbeit darzustellen.

Auf der Antifaschistischen Gedenkfeier für Otto-Grüneberg 2022 war der Bezirksverband auch in diesem Jahr wieder durch zahlreiche Genoss:innen vertreten; mit Tarek Shrukallah stellten wir einen Redner.

Im Februar setzte der Vorstand mit der Durchführung einer Basiskonferenz einen Beschluss der Mitgliederversammlung vom November 2021 um. Diese fand Hybrid in digital und in Präsenz statt und soll den Auftakt zu weiterem Austausch in diesem und ähnlichen Formaten bilden. Die Genossinnen und Genossen formulierten unter anderem Erwartungen an die Arbeit des Bezirksvorstands.

Um das sozialpolitische Profil des Bezirksverbands zu stärken hat der Bezirksvorstand die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Soziales angeregt. Diese hat ihre Arbeit aufgenommen und ist bemüht unterstützend für die sozialpolitische Arbeit der Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung tätig zu sein. Die Durchführung eines Erwerbslosenfrühstücks konnte

bisher trotz weit gediegener Vorbereitung und genehmigtem Finanzantrag pandemiebedingt nicht realisiert werden.

Der Vorstand hat eine Podiumsdiskussion unter dem Titel "Straßennamen für die Ewigkeit?" organisiert zum Umgang mit Ehrungen von Antisemit:innen, Kolonialist:innen und Rassist:innen im öffentlichen Raum, die am 16.03.2022, 19:00 Uhr im ART Stalker stattfand. Damit wurde der im Januar vom Antisemitismusbeauftragten des Senats vorgelegte umfassende Bericht zu antisemitischen Bezügen in Berliner Straßennamen auf Bezirksebene aufgegriffen. Die Veranstaltung folgte in enger Abstimmung mit der Fraktion in der BVV, die hierzu bereits einen Antrag eingebracht hatte. Die Diskussion darüber reiht sich ein in vergangene Debatten um die Ehrung von Kolonialist:innen und Rassist:innen im öffentlichen Straßenraum, die teilweise bereits zu Umbenennungen – wie etwa der Wissmannstraße in Neukölln und in Grunewald – geführt hat. Mit Publikum und Expertinnen und Experten wurde darüber diskutiert, welche Folgen sich aus dem Bericht ergeben und wie generell mit der Ehrung von Antisemit:innen, Kolonialist:innen und Rassist:innen umzugehen ist sowie mit der Frage: Wie gehen wir mit dem historischen Erbe um und sichern gleichzeitig einen diskriminierungsfreien Raum für alle Menschen? Die eingeladenen Expertinnen und Experten Dr. Felix Sassmannshausen (Politologe, Verfasser der Studie zu antisemitischen Bezügen in Berliner Straßennamen), Marina Chernivsky (ZWST Kompetenzzentrum), Georg Felix Harsch (Historiker, Leibniz Institut für Zeitgeschichte) (Moderation: Volker Fischer) legten eine Grundlage für eine breit angelegte Debatte zum Antisemitismus in Deutschland aber auch zur Erinnerungskultur; der ebenfalls eingeladene Michael Küppers-Adebisi (Decolonize) musste kurzfristig aus privaten Gründen absagen. Es liegt nahe, die öffentliche Diskussion zu Antisemitismus, Rassismus etc. auch am Beispiel der Gestaltung und der Belegung des öffentlichen Raums losgelöst von Anlässen wie Jahrestage oder Aktionswochen fortzuführen.